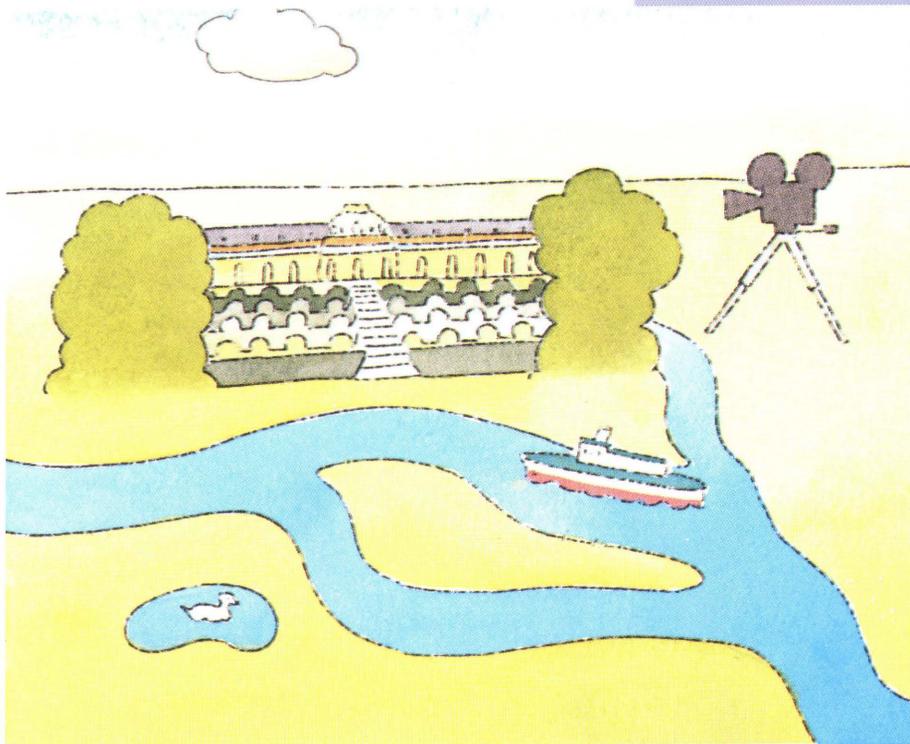




Brandenburg
in der Europäischen Union



Europäische Kommission
Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland
Zitelmannstraße 22, 53113 Bonn

Vertretung in Berlin,
Kurfürstendamm 102, 10711 Berlin

Vertretung in München,
Erhardtstraße 27, 80331 München

Redaktionsschluß: März 1994

Zeichnungen: Anne Huwison, Lionel Koechlin, Wilhelm Valder

Herausgeber: Amt für amtliche Veröffentlichungen der
Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg 1994

© EGKS-EG-EAG, Brüssel • Luxemburg 1994

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken –
mit Quellenangabe gestattet



Brandenburg

in der Europäischen Union

Viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich, was das Europäische Parlament und die Europäische Union konkret hier für uns in Brandenburg tun, und was ihre Entscheidungen für uns bedeuten. Als kurz nach dem verheerenden Zweiten Weltkrieg sechs europäische Länder, darunter die Bundesrepublik Deutschland, die ersten Schritte zum Zusammenschluß Westeuropas unternahmen, wollten sie dadurch ein für alle Mal einen Krieg gegeneinander als Mittel der Politik unmöglich machen. Seit nunmehr über 35 Jahren ist die Europäische Gemeinschaft Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand in Westeuropa.

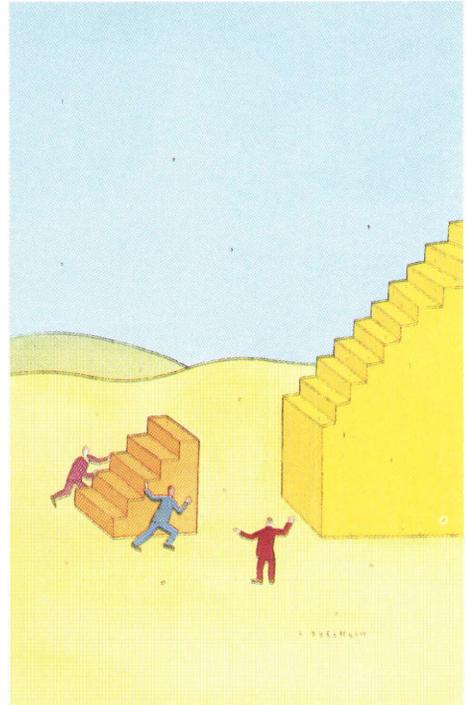
Die EG, die jetzt - nach dem Vertrag von Maastricht - in der Europäischen Union aufgegangen ist, steht für die Selbstverständlichkeit, mit der heute über 340 Millionen Bürgerinnen und Bürger in zwölf Ländern in Frieden und Wohlstand gutnachbarlich zusammenleben und Reisefreiheit, Sozialsysteme und ein vielfältiges Warenangebot in Anspruch nehmen. Mit der Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 sind auch wir in Brandenburg Teil dieser großen Solidargemeinschaft geworden. Die Deutsche Einheit wäre ohne die Einbindung Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft und die Unterstützung unserer EG-Partner undenkbar gewesen. Jetzt ist das vereinigte Deutschland fest in der Europäischen Union verankert.

Manfred Stolpe,
Ministerpräsident des Landes Brandenburg



BRANDENBURG IN EUROPA

Eine Kulturlandschaft im Aufwind



Seit der Wende gehen Arbeitsplätze im Braunkohle-Bergbau und in der Stahlindustrie verloren. Umstrukturierungen sind erforderlich, um eine moderne Wirtschaft mit kleinen und mittleren Unternehmen zu schaffen. Schon 1992 konnte das Land Brandenburg 117 Unternehmen gewinnen, die 2,9 Milliarden DM investierten und 15 700 Arbeitsplätze schufen.

Brandenburg liegt geographisch günstig zu den mittel- und osteuropäischen Ländern, die durch den Umbau ihrer Wirtschaften auch zur ökonomischen Gesundung des westlichen Nachbarn beitragen können.

Das Land Brandenburg ist eine „region ancienne“, die schon immer eine zentrale Rolle in der Geschichte des europäischen Kontinents gespielt hat. Mit einer Fläche von 30 000 km² ist Brandenburg etwa so groß wie Belgien. Die Einwohnerzahl von 2,6 Millionen ist vergleichbar mit der spanischen Region Castilla y Lyon. Die Bevölkerungsdichte liegt unter dem EU-Durchschnitt. Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft.



Ein Bereich mit guten Wachstumsaussichten ist in Brandenburg der Tourismus. Sowohl die Landschaft als auch der architektonische und kulturelle Wert vieler Städte machen das Land zu einem Anziehungspunkt für Besucher.

Seit 1994 ist Brandenburg - wie auch die anderen neuen Länder - in die höchste Förderstufe der EU aufgenommen. Die Union leistet damit ihren Beitrag, dem Land den Anschluß an die wirtschaftlich weiter entwickelten Regionen in Europa zu erleichtern und unterstützt Brandenburg mit 2,3 Milliarden ECU.

Die Europäische Union bringt Arbeitsplätze

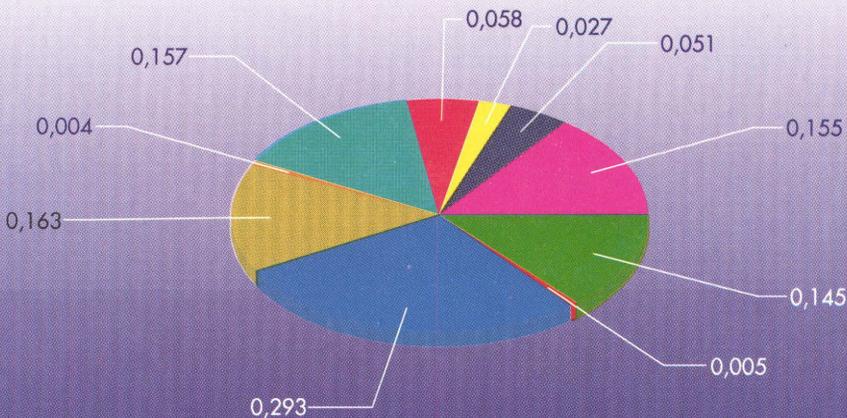
Doch diese Broschüre soll nicht in erster Linie auf die Frage antworten: „Wieviel ECU hat die EU Brandenburg gebracht?“. Sie ist vielmehr ein Katalog der Möglichkeiten, der

vielfältigen Kooperationsformen. Sie zeigt, daß Europa den einzelnen Bürger in seiner Region „betrifft“ und stellt klar, daß auch das eigene Land Brüsseler Entscheidungen nicht hilflos ausgeliefert ist, sondern sich aktiv am europäischen Diskussions- und Entscheidungsprozeß beteiligt. Dem Bürger selbst bleibt damit der Weg nach Brüssel erspart: Ein Netzwerk der Information, das EU, Bund und Land gemeinsam aufgebaut haben, kann bei Fragen zum Thema Europäische Union so gut wie immer weiterhelfen.

Region ist nicht gleich Region - weder geographisch noch politisch. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um festzustellen: Europa ist ein Kontinent der Vielfalt. Bedürfnisse und Interessen der einzelnen Regionen sind nicht immer leicht unter einen Hut zu bekommen. Schon der Begriff „Region“ wird von EU-Staat zu EU-Staat ganz anders verstanden: Einige Regionen haben eine eigene Sprache, viele sind

Der Export Brandenburgs in die EU

1,0 Milliarden DM: Das sind 45,4 Prozent des Gesamtexports

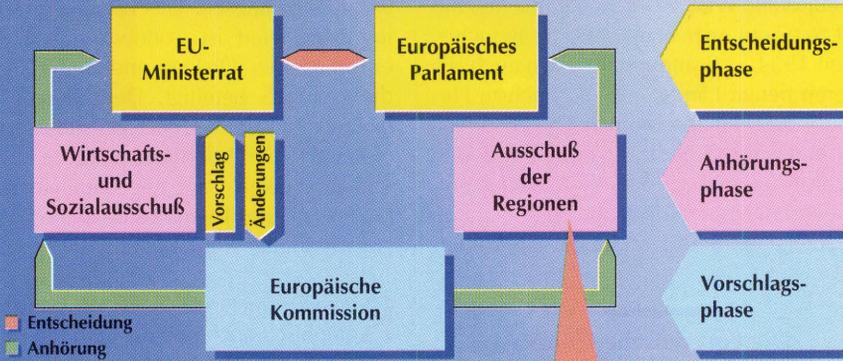


Legend: B/L, DK, GR, E, F, IRL, I, NL, P, GB

Quelle: Statistisches Bundesamt und Statistische Landesämter, Stand 1992

Zahlen in Milliarden DM

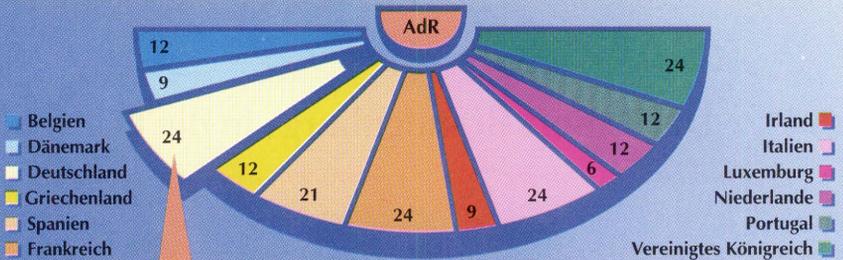
Entscheidungsverfahren der Europäischen Union



Ausschuß der Regionen (AdR)

Der Regionalausschuß muß in folgenden Fällen angehört werden:

- ★ Festlegung der Aufgaben, Ziele und allgemeinen Regelungen der Strukturfonds (Art. 130d),
- ★ Beschluß über spezifische Aktionen außerhalb des Fonds (Art. 130b Abs. 2),
- ★ Errichtung des Kohäsionsfonds (Art. 130d Abs. 2),
- ★ Durchführungsbeschlüsse des Regionalfonds (Art. 130e),
- ★ Festlegung der Leitlinien und Erlaß der übrigen Maßnahmen beim Aufbau/Ausbau der transeuropäischen Netze (Art. 129d Abs. 1),
- ★ Erlaß von Fördermaßnahmen im Gesundheitswesen (Art. 129 Abs. 4), im Kulturbereich (Art. 128 Abs. 5) und im Bereich der allgemeinen Bildung (Art. 126 Abs. 4).



Die deutschen Regionen entsenden 24 Vertreter in den AdR



Das Land Brandenburg benennt einen Vertreter



Hans Otto Bräutigam
 Justizminister und Bevollmächtigter des Landes Brandenburg für Bundesangelegenheiten und Europa

historisch gewachsen. Andere Regionen sind im Grunde künstlich geschaffene Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten. Oft haben Land-

Regionale Vielfalt bleibt erhalten

schaft und Klima natürliche Grenzen gezogen. In Deutschland sind die Bundesländer in ihrer heutigen Gestalt erst nach dem zweiten Weltkrieg entstanden, die neuen Bundesländer sind erst wenige Jahre alt.

Die deutschen Bundesländer mit ihrer Eigenstaatlichkeit können ihre Interessen und Standpunkte oft deutlicher geltend machen als andere Regionen Europas, die eng an eine zentralstaatliche Verwaltung angebunden sind. Für den Begriff „Länder“ gibt es in den anderen Sprachen der Europäischen Union keine Übersetzung - schon das zeigt ihren Sonderstatus unter den Regionen Europas. Zentraler Ort, an dem Brandenburg seine europäischen Interessen einbringt, ist der Bundesrat. Die Länder verfügen über wichtige, im Grundgesetz verankerte Beteiligungsrechte. Die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union bedarf der Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat, bei bestimmten EU-Ministerräten sitzen die Länder gleichberechtigt mit am Verhandlungstisch.

Die Vertreter der deutschen Kommunen im AdR

- **Gerhard Gebauer**
Präsident der Deutschen Sektion
des Rats der Gemeinden Europas
Oberbürgermeister Villingen-Schwenningen
- **Otto Neukum**
Landrat des Kreises Bamberg
- **Hans Eveslage**
Präsident des Niedersächsischen
Städte- und Gemeindebundes
Bürgermeister Barßel/Niedersachsen

Brandenburg entscheidet mit

Die Regionen suchten seit langem auch den politischen Kontakt zu den EU-Institutionen. Die deutschen Länder machten dies deutlich, indem sie Europaministerien einrichteten und eigene Landesvertretungen in Brüssel eröffneten. An der Debatte um den Vertrag von Maastricht haben sich die Regionen intensiv beteiligt. Viele Forderungen der Länder sind in das Vertragswerk eingeflossen.

Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung

Ganz sicher brachte der Vertrag über die Europäische Union (EUV) eine Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung. Durch seine Ratifizierung haben die Länder längst verloren geglaubten Einfluß auf die EU-Gesetzgebung zurückgewonnen. Der Vertrag legt fest, daß

- ★ die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden (Art. A EUV),
- ★ die nationale Identität der Mitgliedstaaten geachtet wird (Art. F EUV),
- ★ die Union nur innerhalb der Grenzen der ihr in dem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig wird (Art. 3b EGV), und
- ★ die EU in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden darf, wenn die Aufgaben von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend erfüllt werden können (Art. 3b EGV).

Von großer Bedeutung für die Regionen ist, daß dieses Prinzip der „Subsidiarität“ in Maastricht zum europäischen Verfassungsgrundsatz erhoben wurde: Die Europäische Union soll grundsätzlich nur dann tätig werden, wenn das angestrebte Ziel nicht besser auf einer niedrigeren Verwaltungsebene erreicht werden kann.

Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquoten der Regionen

	Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote		Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote
Europäische Union	100	10,4	Irland	72	18,4
Belgien	108	8,8	Italien	106	11,2
Vlaams Gewest	109	6,6	Nord Ovest	122	8,6
Région Wallonne	87	12,0	Lombardia	139	4,5
Bruxelles - Brussel	171	11,3	Nord Est	122	4,9
Dänemark	111	10,6	Emilia-Romagna	132	4,7
BR Deutschland	106	7,0	Centro	110	7,9
Baden- Württemberg	130	4,1	Lazio	121	11,0
Bayern	127	3,9	Campania	73	22,8
Berlin	95	9,2	Abruzzi-Molise	91	13,1
Brandenburg	36	12,0	Sud	70	17,6
Bremen	159	8,7	Sicilia	70	23,1
Hamburg	209	5,6	Sardegna	77	19,8
Hessen	149	4,6	Luxemburg	131	2,4
Mecklenburg- Vorpommern	33	14,1	Niederlande	104	8,2
Niedersachsen	108	6,4	Noord-Nederland	106	10,6
Nordrhein- Westfalen	115	6,6	Oost-Nederland	91	7,9
Rheinland-Pfalz	104	4,7	West-Nederland	111	7,9
Saarland	112	7,4	Zuid-Nederland	100	8,0
Sachsen	33	11,5	Portugal	60	4,9
Sachsen-Anhalt	35	13,6	Continente	60	4,9
Schleswig-Holstein	102	5,3	Acores	-	4,6
Thüringen	30	12,8	Madeira	-	3,4
Griechenland	49	7,7	Großbritannien	98	10,3
Voreia Ellada	46	6,3	North	86	11,4
Kentriki Ellada	48	7,2	Yorkshire and Humberside	88	10,2
Attiki	55	9,9	East Midlands	94	9,0
Nisia Aigaiou, Kriti	44	4,8	East Anglia	99	8,4
Spanien	80	21,3	South East	117	10,5
Noroeste	66	17,8	South West	94	9,6
Noreste	92	18,6	West Midlands	89	10,9
Madrid	100	16,5	North West	90	10,5
Centro	65	21,0	Wales	83	9,7
Este	92	19,6	Scotland	94	10,1
Sur	64	29,7	Northern Ireland	74	15,0
Canarias	79	26,7			
Frankreich	115	10,3			
Ile de France	172	8,9			
Bassin Parisien	105	10,5			
Nord - Pas-de-Calais	93	13,2			
Est	106	8,2			
Ouest	97	10,0			
Sud-Ouest	101	10,2			
Centre-Est	110	10,5			
Méditerranée Départements d'Outre-Mer	98	13,5			
	45	-			

Quelle: EUROSTAT

Die Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt beziehen sich auf das Jahr 1991. EU-Durchschnitt: 100.

- Arbeitslosenquoten (in Prozent): Stand April 1993

- Arbeitslosenquote für Griechenland: Stand April 1992



Auch im Bundesrat werden wichtige europapolitische Entscheidungen getroffen.

Ausschuß der Regionen

Durch die Einrichtung des „Ausschusses der Regionen“ schafft der „Vertrag über die Europäische Union“ neue Mitgestaltungsmöglichkeiten der Regionen auf europäischer Ebene. Der Ausschuß der Regionen berät den EU-Ministerrat und die Europäische Kommission in allen Fragen von regionalem Interesse. Er hat zwar nur beratende Funktion, beteiligt aber die Länder, Regionen und Kommunen unmittelbar am europäischen Meinungsbildungsprozeß. Mit der Einrichtung dieses Ausschusses vertreten die Bundesländer ihre Interessen also künftig nicht nur in Bonn, sondern auch in Brüssel.

Von den 24 deutschen Mitgliedern des Regionalausschusses werden 21 durch die Bundesländer und drei von der kommunalen Ebene benannt. Die fünf größten Bundesländer haben je zwei Sitze, die elf anderen je einen Sitz (für Brandenburg ist dies Hans Otto Bräutigam, der Justizminister und Bevollmächtigte des Landes Brandenburg für Bundesangelegenheiten und Europa). Arbeitsfelder des Ausschusses sind Bildung und Kultur, Gesundheitswesen, transeuropäische Netze, die Maßnahmen zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sowie die Strukturfonds.

Für bürgernahes Handeln der EU sorgen auch die brandenburgischen Abgeordneten im Europäischen Parlament (EP). Manche EP-Mitglieder bekleiden zusätzliche Ämter in ihrem Wahlkreis, so daß auch neue Themen zügig ihren Weg nach Brüssel finden. Daß Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen, das Saarland, Schleswig-Holstein, Sachsen, Thüringen und Brandenburg im

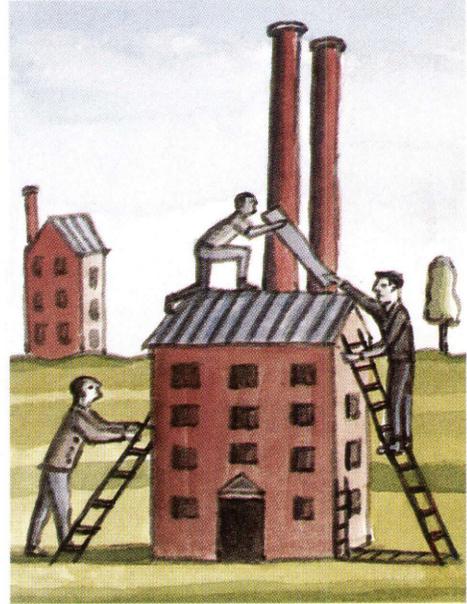
Die Abgeordneten Brandenburgs im Europäischen Parlament

Rahmen des Programms KONVER europäische Fördermittel für vom Truppenabzug betroffene Gebiete erhalten, ist Europaparlamentariern zu verdanken. Auch die Neuordnung der Strukturfonds trägt ihre Handschrift.



DIE EUROPÄISCHE UNION HILFT DEN REGIONEN

Auch Brandenburg erhält umfangreiche EU-Fördermittel



Die Wohlstandsschere klapft in Europa nach wie vor weit auseinander: Die reichsten Regionen, Ile-de-France und Hamburg, sind viermal so wohlhabend wie die wirtschaftschwächsten Gebiete. Sie liegen in Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und den neuen Bundesländern. Um die Annäherung der Lebensverhältnisse und damit den Zusammenhalt der Union zu fördern, gibt es innerhalb der EU ein umfangreiches System der Förderung benachteiligter Regionen. Daß eine ausgewogene Strukturpolitik für die europäische Einigung überlebenswichtig ist, hat der Vertrag über die Europäische Union erneut bestätigt. Er weist dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der europäischen Regionen einen hohen Stellenwert zu.

Die Strukturfonds der Europäischen Union

Deshalb hat die EU die „Strukturfonds“ eingerichtet: den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung (EAGFL).



Neu ist das Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FIAP), mit dem Maßnahmen zur Behebung struktureller Probleme in diesem Bereich finanziert werden. Die Strukturfonds haben mit einem Etat von 141,47 Milliarden ECU für den Zeitraum von 1994 bis 1999 einen Anteil von 30 Prozent am Haushalt der Europäischen Union. Mit Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht ist außerdem der Kohäsionsfonds für die Länder Griechenland, Spanien, Portugal und Irland mit einem Etat von 15,1 Milliarden ECU für den Zeitraum 1993 bis 1999 hinzugekommen.

Die Mittel der Strukturfonds werden nach klar festgelegten Spielregeln verteilt: Die Schwerpunktbereiche der Förderung werden in der Brüsseler Terminologie als „Ziele“ bezeichnet. Die insgesamt fünf Ziele werden in zwei Gruppen unterteilt. „Ziel 1“, „Ziel 2“ und „Ziel 5b“ sind direkt auf die Regionen zugeschnitten. „Ziel 3“, „Ziel 4“ und „Ziel 5a“ sind dagegen problem- oder zielgruppenbezogen.

ZIELE

„Ziel 1“

fördert die „Entwicklung und strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand“ und steht im Mittelpunkt der EU-Strukturförderung. In Deutschland sind dies die neuen Bundesländer, also auch Brandenburg, die zwischen 1994 und 1999 aus Brüssel 13,64 Milliarden ECU erhalten.

„Ziel 2“

hilft Regionen, die von einer „rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind“. Von 1994 bis 1996 stehen für Deutschland 733 Millionen ECU bereit.

„Ziel 3“

konzentriert sich auf die „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Erleichterung der Eingliederung Jugendlicher und der vom Aus-schluß aus dem Arbeitsmarkt bedrohten Personen in das Arbeitsleben“. Deutschland erhält 1,65 Milliarden ECU von 1994 bis 1999.

„Ziel 4“

unterstützt Maßnahmen, die „die Anpassung der Arbeitskräfte an die industriellen Wand-lungsprozesse und an Veränderungen der Pro-duktionssysteme“ erleichtern. Für Deutschland stehen 291,3 Millionen ECU zwischen 1994 und 1999 bereit.

„Ziel 5a“

soll die „beschleunigte Anpassung der Agrarstrukturen einschließlich der Hilfe zur Modernisierung und Umstrukturierung der Fischerei“ fördern. Von 1994 bis 1999 stehen Deutschland dafür 1,13 Milliarden ECU zur Verfügung.

„Ziel 5b“

will die „Entwicklung und Strukturanpassung“ der ländlichen Gebiete erleichtern. Von 1994 bis 1999 stehen für Deutschland 1,23 Milliarden ECU bereit.



Bund- und Länderbeteiligung im Entscheidungsprozeß der EU-Strukturförderung

Konzeption

Bund und Länder reichen ihren regionalen Entwicklungsplan bei der Europäischen Kommission ein. Darin sind Ziele und Maßnahmen der Strukturförderung festgelegt.

Die Europäische Kommission erstellt in Abstimmung mit Bund und Ländern das gemeinschaftliche Förderkonzept (GFK). Es ist die Basis für die operationellen Programme (OP).

Bund und Länder reichen ihre operationellen Programme bei der Europäischen Kommission ein.

Umsetzung

Die Kommission nimmt Vorschläge über die geplanten Projekte innerhalb der operationellen Programme an. Fördermittel stehen bereit über den:

- Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
- Europäischen Sozialfonds (ESF)
- Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds Abt. Ausrichtung (EAGFL)
- Finanzinstrument für Fischerei (FIAF)

Wirtschafts-, Sozial- und Landwirtschaftsministerien der Länder, des Bundes oder die Bundesanstalt für Arbeit entscheiden über zu fördernde Projekte im Rahmen der operationellen Programme.

Antragsteller (Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen) wenden sich an das jeweilige Ministerium.



Regionale und kommunale Projektträger

Die Europäische Union kann mit diesem Ziel-Katalog flexibel auf Förderwünsche regionaler und kommunaler Projektträger reagieren. So haben in Brandenburg viele Jugendliche und Langzeitarbeitslose über solche Projekte einen Arbeitsplatz gefunden. Große Beträge aus der EU-Kasse erhält die Bundesanstalt für Arbeit (BfA), die den örtlichen Arbeitsämtern zur Finanzierung von Umschulungs- und Fortbildungskursen sowie von ABM-Stellen dienen. In den meisten Fällen ist den Kursteilnehmern und auch den Veranstaltern aber leider nicht bekannt, daß ihr Projekt von der Europäischen Union teilfinanziert wird.

Die Vergabe der Strukturfondsmittel beruht auf folgenden Prinzipien:

- ★ Das Gebot der Subsidiarität fordert, daß die Verantwortung für die Umsetzung einer Aufgabe von einer möglichst bürgernahen Verwaltungsebene wahrgenommen wird. In der Bundesrepublik sind das in der Regel die Länder, in manchen Fällen auch der Bund, die Förderregionen und Projekte vorschlagen und Finanzierungspläne aufstellen.
- ★ Die gemeinsame Umsetzung wiederum bedeutet, daß alle Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene an der Vorbereitung und der Ausführung der Programme beteiligt sind.
- ★ Die Mitgliedstaaten müssen mindestens 25 Prozent der Projektmittel selbst aufbringen. Durch dieses Prinzip der komplementären Finanzierung ist die Wirkung der EU-Maßnahmen weitaus größer, als die von der Union ausgewiesenen Zahlen. So werden die EU-Strukturhilfen zu einem wichtigen Katalysator für den wirtschaftlichen Fortschritt in Europa.
- ★ Die Vergabe muß den EU-Wettbewerbsregeln und den Anforderungen des Umweltschutzes entsprechen.

Gemeinschaftliches Förderkonzept

Die brandenburgische Landesregierung erarbeitet zusammen mit dem Bund und der Europäischen Union ein Gemeinschaftliches Förderkonzept (GFK), in dem festgelegt wird, welche Gebiete durch welche Aktionen gefördert werden und wie die Finanzierungspläne aussehen. Die regionalen und lokalen Partner übernehmen eigenverantwortlich die Abwicklung eines Projekts auf der Grundlage eines Operationellen Programms (OP). Darüber hinaus gibt es auf EU-Ebene Begleitausschüsse, in denen Vertreter der Bundesländer beratend den Organen der EU zur Seite stehen. Zusätzlich sind auf deutscher Ebene weitere Begleitausschüsse tätig.

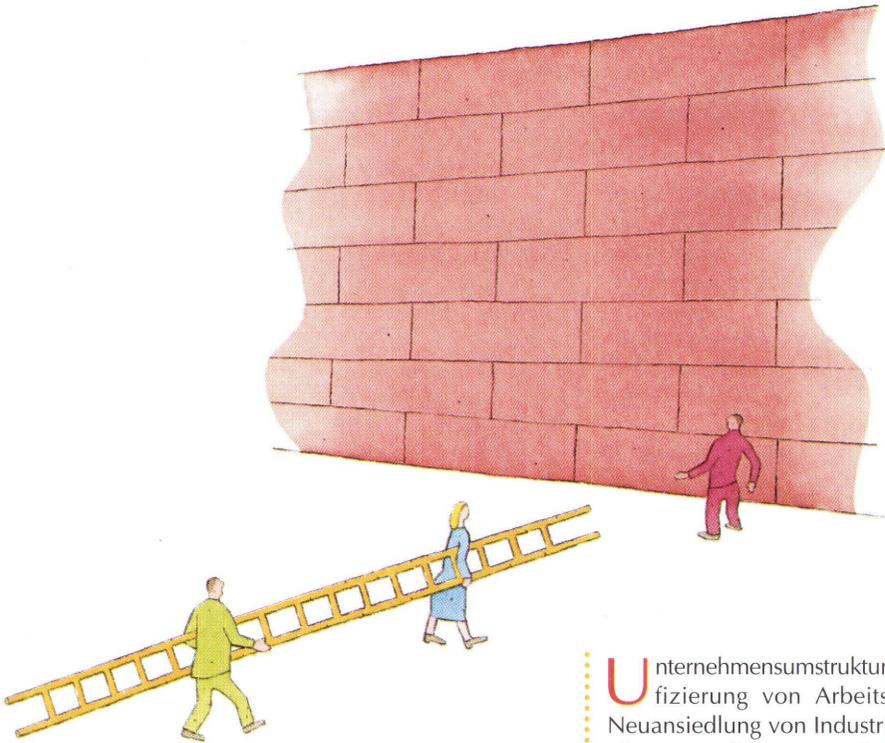
In erster Linie bestimmen die Mitgliedstaaten die strukturpolitischen Schwerpunkte. Doch die EU kann auch eigene Initiativen vorschlagen. Für diese „Gemeinschaftsinitiativen“ stehen von 1994 bis 1999 rund 12,69 Milliarden ECU bereit.

Die Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) sind ein weiteres Instrument der EU-Strukturpolitik.



ZUKUNFTSORIENTIERTE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Die Europäische Union und
Brandenburg
handeln bei vielen
Projekten gemeinsam



Unternehmensumstrukturierung, die Qualifizierung von Arbeitskräften und die Neuansiedlung von Industrie und Gewerbe - alles zur selben Zeit auf dem Gelände der Maschinenbau GmbH Babelsberg: Das ist das Neuartige am „Babelsberger Modell“, das die EU mit einem Zuschuß von 1,5 Millionen DM aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) verwirklichen hilft. Das Babelsberger Modell ruht auf drei Säulen:

- ★ Die Umstrukturierung des Kernbetriebs,
- ★ die Qualifizierung der ehemaligen Mitarbeiter,
- ★ die Neuansiedlung von Industrie und Gewerbe.



Das Babelsberger Modell

Die erste Stufe sorgte für die Sanierung und damit für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Maschinenbau GmbH. Die gezielte Umstrukturierung und Rationalisierung geben dem Betrieb und seinen Mitarbeitern eine solide Zukunftsperspektive. Die zweite Stufe begleitete diesen Prozeß sozial verträglich, ohne Sozialpläne notwendig zu machen: Die Mitarbeiter, die im neuen Kernbetrieb der Maschinenbau GmbH keine Stelle fanden, nahmen an Fortbildungsmaßnahmen teil, die unter anderem aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert wurden. Durch die Qualifikationsmaßnahmen gewann man außerdem Zeit für den Neuaufbau anderer Betriebe auf dem Gelände der Maschinenbau GmbH, das durch die Verkleinerung des Betriebs frei geworden war. Bei der Neuansiedlung von Industrie und Gewerbe auf dieser Fläche steht nun durch die Ausbildungsmaßnahmen qualifiziertes Personal zur Verfügung.

Für jede der drei Stufen des Modellvorhabens wurde eine selbständige Organisationseinheit formiert:

- ★ Für den Betrieb: die Maschinenbau Babelsberg GmbH,
- ★ für die Qualifizierungsmaßnahmen: das Zentrum für Aus- und Weiterbildung (ZAW),
- ★ für die Neuansiedlung des Industrieparks: der Investor für Gewerbe, Dienstleistung und Handwerk.

Aus- und Weiterbildung

Konzeption, Aufbau und Durchführung des Zentrums für Aus- und Weiterbildung, das eine 100prozentige Tochter der Maschinenbau GmbH ist, waren nur durch die finanzielle Zuwendungen aus dem Europäischen Sozialfonds möglich. Das Zentrum für Aus- und Weiterbildung bietet sowohl gewerbliche als auch kaufmännische Bildungsmaßnahmen an. Die hier ausgebildeten Personen erhalten Qualifikationen in zukunftsträchtigen

Berufen und zugleich Aussichten auf eine neue Arbeitsstelle am Ort durch die Neuansiedlung von Gewerbe und Dienstleistung.

Vom 1. Juli 1991 bis zum 30. Juni 1992 nahmen insgesamt 880 Personen an Fortbildungsmaßnahmen teil. Von denjenigen, die bis zu diesem Zeitpunkt die Ausbildung beendet hatten oder frühzeitig ausgeschieden waren, fanden 83 Prozent wieder eine Beschäftigung. Seit seiner Gründung hat sich das Zentrum für Aus- und Weiterbildung in Babelsberg zu einem der größten Bildungsträger im Land Brandenburg entwickelt. Es verspricht aufgrund des Nebeneinanders von Ausbildung und Neuansiedlung von Dienstleistung, Gewerbe und Handwerk auch in Zukunft ein erfolgreiches Modell zu sein.

Arbeitsplatzsicherung

Dies ist aber nicht das einzige Vorhaben, daß die EU in Brandenburg bezuschußt. Gegenwärtig sind die EU Beiträge darauf ausgerichtet, die Region Brandenburg beim Aufbau einer modernen Infrastruktur zu unterstützen.

Daß auch mit relativ wenig Aufwand viel erreicht werden kann, zeigt eine Initiative des Euro-Info-Centers in Frankfurt/Oder. Die Beratungsstelle für kleine und mittlere Unternehmen veranstaltete im November 1993 eine Videokonferenz zum Thema Lasertechnik, die eine immer größere Rolle in industriellen Fertigungsprozessen spielt. Über die Konferenz sollten mittelständische Unternehmer die Gelegenheit zu einem kostengünstigen Informationsaustausch erhalten, um die Möglichkeiten für den Einsatz der neuen Technik auch in ihrer Firma kennenzulernen. Ergebnis der Veranstaltung ist ein regelmäßiges Weiterbildungsangebot „Lasertechnik in der Materialbearbeitung und Qualitätssicherung“, das wegen seines Pilotcharakters einen Zuschuß aus dem EU-Weiterbildungsprogramm FORCE bekommen hat.

Umstellung von unwirtschaftlichen Industriezweigen

Seit der Wiedervereinigung hat die EU 26 Millionen ECU im Rahmen des EGKS-Programms für die krisengeschüttelte Eisen- und Stahlindustrie in Brandenburg bereitgestellt, hinzu kamen elf Millionen ECU an zinsgünstigen Darlehen. Allein in vier großen Stahlunternehmen werden insgesamt etwa 13 000 Arbeitnehmer gefördert, davon eine relativ große Anzahl mit Umschulungsbeihilfen. In der Firma LAUBAG wurden die Angestellten vorwiegend in den Vorruhestand entlassen und die EGKS-Beihilfen vor allem als Abfindungen eingesetzt. Gegenwärtig wird versucht, der gemeinschaftsweiten Stahlkrise durch Kapazitätsabbau zu begegnen. Gleichzeitig erhalten aber auch Unternehmer Kredite, die sich in dieser Region ansiedeln und dort neue Arbeitsplätze schaffen. So wurde eine Papier- und Kartonfabrik im Kreis Nauen eröffnet. 500 Arbeitnehmer fanden dort Beschäftigung.

Abrüstung und Truppenabzug bedeuten für einige Regionen Europas auch den Verlust eines wichtigen Wirtschaftsfaktors. Sie fürchten einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und einen Rückgang des pro-Kopf-Einkommens. Um diesen Regionen Europas zu helfen, hat die EU im Rahmen des PERIFRA-Programms umfangreiche Mittel zur Verfügung

Umstrukturierung von Militärstandorten

gestellt. Die neuen Bundesländer sind in besonderen Weise von diesem Problem betroffen und erhielten daher auch den größten Anteil der PERIFRA-Förderung. 1992 bewilligte die EU allein 2,5 Millionen ECU, um die Umstellung von Militäranlagen zu bewältigen. Die Panzerkaserne Neuruppin wurde zum Zentrum für innovative Wirtschaftsentwicklung mit kombinierten Einrichtungen für Weiterbildung, Umschulung und berufliche Integration. In Strausberg



*Zukunftsperspektiven durch Umschulung:
EU-Strukturhilfen für die neuen Länder*

werden bisher militärisch genutzte Forschungs- und Technologieressourcen der zivilen Nutzung übergeben.

Als einziges neues Bundesland ist Brandenburg auch in das EU-Netzwerk für entmilitarisierte Regionen „Network demilitarized“ einbezogen. Dieses Netzwerk dient dem besseren Verständnis der verschiedenen Umstrukturierungsprozesse, die sich in Westeuropa und in den neuen Ländern ergeben. Es soll zu entsprechenden Gemeinschaftsaktivitäten anregen.

Seit 1993: KONVER

Das PERIFRA-Programm wurde Anfang 1993 durch das Programm KONVER ersetzt, das weitgehend dieselben Ziele verfolgt wie sein Vorläufer. Für dieses Programm sind 130 Millionen ECU vorgesehen, von denen 85 Millionen ECU aus dem EU-Regional- und 45 Millionen aus dem EU-Sozialfonds bereitgestellt werden.

Wie mit dem PERIFRA-Programm sollen innerhalb des KONVER-Programms Pilotprojekte gefördert werden, die die Umstellung von Regionen fördern, die bisher von der Rüstungsindustrie und dem Militär abhängen.

Mit Hilfe des KONVER-Programms kann ein breites Spektrum von Maßnahmen mitfinanziert werden:

- ★ Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten ehemaliger Militäreinrichtungen,
- ★ Diversifizierung der regionalen Wirtschaftsstruktur, vor allem Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen,
- ★ Verbesserung des gewerblichen Umfeldes und der Dienstleistungs-Infrastruktur,
- ★ Förderung von Innovation und Know-how,
- ★ Wiedernutzbarmachung von Militärgelände und Entwicklung neuer Aktivitäten auf diesem Gelände,
- ★ Umweltsanierung und Wiederherrichtung von Militärstandorten,
- ★ Machbarkeitsstudien und Umstellungsmodelle,
- ★ Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch zwischen betroffenen Gebieten.

Für das Jahr 1993 standen Deutschland hierfür Mittel von insgesamt 38,2 Millionen ECU zur Verfügung. Das ist der größte Einzelposten und entspricht ungefähr einem Drittel des KONVER-Gesamtbudgets. Wie auch bei den Strukturfonds fördert die EU nur Projekte, die von nationalen Behörden kofinanziert werden.

Förderung der Landwirtschaft

Im Zeitraum 1991 bis 1993 zahlte die EU 132,2 Millionen ECU zur Unterstützung der Landwirtschaft in Brandenburg. 1 860 Vorhaben trugen dazu bei, sowohl Maßnahmen zur Dorferneuerung, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse als auch der Verarbeitungs- und Vermarktungskapazitäten im ländlichen Raum zu finanzieren. Damit wurden Arbeitsplätze im Handwerk, im Baugewerbe, in der Tourismusbranche und in landwirtschaftlichen Betrieben erhalten und geschaffen.

Die Spreewald-Konserve Golssen GmbH ist ein Beispiel von 26 Vorhaben, die EU-Beihilfen erhielten. Die Golssen GmbH baute ihr Werk aus und verarbeitet jetzt 8 600 Tonnen Früchte und 8 200 Tonnen Gemüse zu Konserven.

Die Essig-Früchte der Firma sind eine Spezialität der Region, die nach dem Ausbau besseren Absatz finden.

Forschung für den Umweltschutz

Die untere Havel-Schwemmebene ist eine große Flußlandschaft, die sich etwa 100 Kilometer vor der Elbemündung befindet. Periodisch wird dieses Gebiet überflutet und es entstehen hier Flußarme und Seen, in denen Weißkopfadler, Kraniche und andere Watvögel brüten und leben. Vor 1990 wurde dieses Gebiet als Heuwiese, Weide oder Ackerfläche genutzt. Im Rahmen des Programms ACE (Gemeinschaftliche Umweltaktionen) sind für die Wiederherstellung dieser Landschaft als Feuchtlandschaft und Naturschutzgebiet 660 000 ECU bereitgestellt worden. Zusammen mit den örtlichen Gemeinden werden Überlegungen angestellt, wie das Land ohne Schaden genutzt werden kann. Ein Schutz der besonders betroffenen Zonen ist dringend notwendig, da auswärtige Angler, Jäger und Naturfreunde durch ihre häufigen Besuche immer mehr den natürlichen Lebensraum zerstören. Die ACE-Mittel werden eingesetzt, um Informationsarbeit zu leisten und „sanften“ Tourismus zu ermöglichen. Gleichzeitig werden damit für die einheimische Bevölkerung neue Arbeitsplätze geschaffen.

THERMIE ist ein EU-Förderprogramm, das Forschung im Bereich der Solarenergie, der Energieeinsparung und der Verringerung der Emission unterstützt. Die Oder-Plan-Architektur GmbH baute für den Büro-Neubau des Oderhauses eine Anlage zur passiven Solar-Energie-Nutzung. Die Union zahlte 233 100 ECU Beihilfe, um das Projekt zu verwirklichen.

Hochschulen denken über europäische Integration nach

Über das Programm COMETT, das die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und der Wirtschaft fördert, bekamen neun Brandenburger Studenten 1992 die Gelegenheit einen Arbeitsplatz außerhalb Brandenburgs kennenzulernen, während 15 Studenten aus EU-Staaten in diesem Studienjahr das Bundesland besuchten.

Die Technische Universität Cottbus und die Universität Potsdam nahmen am ERASMUS-Programm teil. 30 Studenten aus den Fächern Maschinenbau, Architektur und Fremdsprachen nahmen die Gelegenheit wahr und besuchten ein Jahr lang andere europäische Universitäten. Die meisten entschieden sich für ein Studienjahr in Großbritannien und Italien; im Austausch besuchten 31 Studenten aus diesen Ländern die Brandenburger Universitäten.

13 Jugend-Projekte beteiligten sich an „Jugend für Europa“. Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren treffen dabei außerhalb des schulischen oder beruflichen Rahmens auf ihre Altersgenossen aus anderen europäischen Staaten. Dabei finden sie Gelegenheit, ihre Erfahrungen direkt auszutauschen und sich ihrer Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Europa bewußt zu werden. Die EU unterstützte diese Maßnahmen mit 63 000 ECU.

Über die „Aktion Jean Monnet“ beteiligt sich die Union an Hochschulinitiativen, mit denen das Angebot an Lehrveranstaltungen zum Thema Europa erweitert wird. Die Universität Viadrina in Frankfurt/Oder richtete im Studienfach Jura einen Lehrstuhl für „Gemeinschaftsrecht und Europäische Integration“ ein. In den Studienjahren 1990 bis 1992 wurden hierfür 60 000 ECU gezahlt.

Beihilfen aus dem Europäischen Sozialfonds

Aus dem Europäischen Sozialfonds wurden 1991 bis 1993 für Brandenburg 109 Millionen ECU zur Verfügung gestellt. Von Arbeitslosigkeit betroffen sind besonders Jugendliche,

ältere Arbeitnehmer und Frauen. Mit anteiligen Mitteln des ESF wurde die Aufstockung des Unterhaltsgeldes auf 800 DM in Brandenburg finanziert. So wurde für zahlreiche Arbeitnehmer (85 Prozent Frauen) ein Anreiz geschaffen, an einer beruflichen Qualifizierungsmaßnahme teilzunehmen und ihre eigenen Zukunftschancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. ESF-Mittel trugen dazu bei, daß 4 000 Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte Existenzgründungsbeihilfen erhielten. Die Gewährung einer Einstellungsbeihilfe schuf für 3 100 Brandenburger ein Dauerarbeitsverhältnis.

Für Jugendliche, Mädchen und Frauen wurden mit ESF-Mitteln gezielt Ausbildungsplätze bereitgestellt. Brandenburg hat mit 73 Prozent die höchste Quote der betrieblichen Erstausbildung unter den neuen Ländern erreicht.

Grenzüberschreitende Kooperationen

Seit 1991 besteht eine Städtepartnerschaft zwischen der brandenburgischen Stadt Guben und dem polnischen Gubin, die als Drehscheibe für die im September 1993 gegründete Euroregion Spree/Neiße/Bober fungieren soll. Mit Geldern aus dem PHARE-Programm der EU werden südlich von Guben eine neue Oder-Brücke gebaut und der Ausbau der Abfertigungsstätten an der deutsch-polnischen Grenze vorangetrieben. Weitere gemeinsame Projekte sind in Planung.

Kredite der europäischen Investitionsbank

Von der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Luxemburg erhielt 1992 ein Betrieb in Eberswalde zur Erweiterung und Modernisierung seiner Schlacht- und Fleischverarbeitung 12,7 Millionen ECU.

